

sätzlich nur in der Förderung kommunaler Einrichtungen mit großregionalem Bezug liegen.

So unabweislich das stärkere Engagement des Landes erscheint, es setzt eine neue Konzeption für eine vernünftige Theaterstruktur in unserem Lande voraus. Vom Bestehenden uneingeschränkt auszugehen, hieße die finanziellen und künstlerischen Möglichkeiten zu überfordern. Bloße Kooperation bringt nach den Erfahrungen der zahlreichen Versuche keinen Ausweg. Die Konzeption, die zur Zeit von der Landesregierung erarbeitet wird, müßte Einrichtungen mit großregionalen Versorgungsaufgaben vorsehen: eventuell und zum Beispiel Einrichtungen für das östliche und mittlere Ruhrgebiet (Stichwort „Ruhroper“) oder auch für den nord-, ost- und südwestfälischen Raum. Nur durch kräftige Landeszuschüsse könnte eine effektvollere regionale Theaterstruktur entstehen.

Abschließend ist noch hervorzuheben, daß neben dem räumlich-regionalen Strukturwandel eine innere funktionale Reform des Theaters einsetzen muß, die in bezug zu unserem Bildungswesen steht und progressiv neue Formen und Inhalte für unsere heutige Welt findet.

F.D.P.: Gegen Staatstheater

Von der Einrichtung von Staatstheatern in Nordrhein-Westfalen ist keine Lösung der Theaterkrise zu erwarten. Staatstheater könnten nur in einer oder einigen wenigen Städten eingerichtet werden, das Land würde also erhebliche Beträge für Exklusivität auswerfen. Diese Mittel würden zugleich bei der Unterstützung der privaten und kommunalen Theater fehlen.

Wichtiger als die Einrichtung neuer Institutionen ist eine Flur- und Strukturvereinbarung als entscheidende Voraussetzung für ein stärkeres finanzielles Engagement des Landes.

Man kommt nicht daran vorbei, die im Durchschnitt mangelhafte Kapazitätenauslastung der Privattheater, d. h. die mangelhafte Resonanz der Theater in der Bevölkerung, schon jetzt als Schwächung der Position der Theater im Kampf um mehr Zuschüsse aus öffentlichen Töpfen zu bezeichnen. Der Erfolg im Einzelfall wird die Frage der Existenz in der Zukunft entscheiden. Deshalb müssen die Theater zu modernen Wirtschaftsbetrieben entwickelt werden, die auch die modernsten Kalkulationsformen nicht außer acht lassen. Das Theater muß also nicht nur mehr Phantasie und Kreativität in die künstlerische Produktion investieren, sondern auch in die „Verkaufsförderung“. Dazu sind einige erfreuliche Ansätze bekanntgeworden: benachbarte Theater stimmen ihre Spielpläne aufeinander ab und geben sogenannte Theaterschecks aus, die es dem Besucher gestatten, sich je nach Wunsch an allen Tagen und an allen Bühnen die jeweilige Aufführung nach eigenem Geschmack auszusuchen. Das ist nur ein Beispiel moderner „Verkaufsförderung“.

Weitere Chancen ergeben sich durch interkommunale Zusammenarbeit und Schwerpunktbildung, z. B. für Schauspiel- und Musiktheater. Dabei kann die Arbeit der Theaterstrukturkommission beim Kultusministerium wertvolle Anregung und Hilfe sein.

Porträt der Woche

Das Dörfchen mit dem westfälischen Namen Rinkerode liegt weit abseits vom Wege zwischen Hamm und Münster. Und auch von hier ist es noch ein guter Fußmarsch bis zu dem Gutshof, den der 84jährige Brockmann, humorvoll seine „poliehemalige Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Johannes tische Eremitage“ nennt. Schon seit vielen Jahren lebt er hier in der bäuerlichen Stille seiner münsterländischen Heimat, mit der geschäftigen Tagespolitik nur noch verbunden durch Zeitungen, die er sich von der Bahnstation holen läßt, und durch den Besuch alter Freunde, die seine Gastfreundschaft zu schätzen wissen. Für viele ist der pensionierte Volksschulrektor, der 1925 im Preussischen Landtag den Platz des Abgeordneten Friedrich Wilhelm Weber einnahm, fast so vergessen wie Webers 1878 verfaßtes vaterländisches Epos „Dreizehnlinden“.

Die Regierung Kühn erinnerte sich vor einigen Wochen dieses Mannes, um ihm zu Ehren seines 85. Geburtstages ein Essen in der Staatskanzlei zu geben. Das Protokoll irrt sich zwar, denn Johannes Brockmann feierte am 17. Juli erst sein 84. Lebensjahr. Doch Ministerpräsident Kühn überspielte den Lapsus, zählte kurzerhand den ersten und eigentlichen Geburtstag hinzu und meinte, Brockmann sei schon immer seiner Zeit voraus gewesen.

Wahr daran ist, daß Brockmann selbst in den dunkelsten Stunden deutscher Politik immer für eine bessere und demokratische Zukunft gekämpft hat. Schon 1933 verboten ihm die Nationalsozialisten den Mund und den Beruf. Kurz vor dem Kriegsende wurde er noch von der Gestapo verschleppt. Aber nach dem Zusammenbruch war der kleine, kahlköpfige Westfale sofort wieder bei den „Männern der ersten Stunde“. Die Neugründung der Zentrumspartei, deren Vorsitzender er bald wurde, war sein Werk. Im nordrhein-westfälischen Landtag und auch im Bundestag trat er bis zuletzt für einen eigenständigen politischen Katholizismus mit starkem sozialem Engagement ein, obwohl sich die neue Konzeption einer die Konfessionen integrierenden Christlich-Demokratischen Union als viel erfolgreicher erwies.



Johannes Brockmann
Mitglied des Landtags von 1946 bis 1958 und
Vorsitzender der Landtagsfraktion
des Zentrums

Alte Zentrumspolitiker wie Adenauer, Schäffer, Kaiser und Krone gingen von Anfang an diesen neuen Weg. Helene Wessel hielt Brockmann bis 1952 die Treue, um dann zur SPD überzuwechseln. 1958 verlor das Zentrum auch im Düsseldorfer Landtag das letzte Mandat. Brockmann mußte eingestehen: „Wir sind total geschlagen worden.“ Sein Versuch, die Partei des Ludwig Windhorst wiederzubeleben, war endgültig gescheitert.

Der Parlamentarier Brockmann hat in Düsseldorf die beiden ersten Kabinette des später zum Zentrum gegangenen Ministerpräsidenten Rudolf Amelunxen und auch noch das erste und zweite CDU-Kabinett unter Karl Arnold unterstützt. 1956 verbündete Brockmann sich mit SPD und FDP, um durch den Sturz von Arnold in Düsseldorf Adenauers Pläne für ein Mehrheitswahlrecht („Grabenwahlrecht“) in Bonn zu torpedieren. Der Schuß war nicht für Adenauer, aber für das Zentrum tödlich. Und es nimmt nicht Wunder, daß Brockmann im Grunde heute noch mit der seiner Ansicht undemokratischen Fünf-Prozent-Klausel im Verhältniswahlrecht hadert.

Für ihn ist es seit königlich-kaiserlichen Zeiten unerläßliches Gebot der Demokratie, daß jedermann ein Mitspracherecht haben müsse. Brockmann würde eher eine Fünfzig-Prozent-Klausel zur Verhinderung absoluter Mehrheiten befürworten als jegliche Limitierung von Splittergruppen. Starrsinn, Stolz oder Demokratiebewußtsein? Aus alten Landtagszeiten ist ein leidenschaftliches Wort des eigenwilligen Westfalen überliefert: „Fort mit der Fünf-Prozent-Klausel. Werfen wir das Scheusal in die Wolfsschlucht!“

LOTHAR BEWERUNGE